

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Ich stehe für einen starken Staat“

Bundesinnenminister Thomas de Maizière, 56, über die Psychologie von Terrorwarnungen, den geplanten Umbau der Sicherheitsbehörden und sein Unbehagen gegenüber WikiLeaks

allem für den konservativen Handwerksmeister zuständig fühlte. Für einen Aufbruch stünde er nicht. Mit den smarten jungen Liberalen hatte Brüderle nie viel gemein.

Diese Gruppe könnte sich eher mit Generalsekretär Christian Lindner anfreunden. Aber auch der eignet sich kaum als Königsmörder. Lindner trat als Teenager unter anderem wegen Westerwelle in die FDP ein, lange eiferte er ihm nach. Lindner hat ihm viel zu verdanken, auch deshalb scheut er den Aufstand. Zudem wäre er sehr jung für einen Parteivorsitzenden, er ist erst 31, er traut sich die ganz großen Aufgaben jetzt nicht zu. „Der muss noch ein paar Jahre durch die Kreisverbände reisen“, sagt ein Kenner der Partei.

Deshalb ist der Wunsch der vielen, dass Westerwelle verschwindet, nicht so leicht umzusetzen. Einige Gegner haben verabredet, dass sie den Druck bis zum Dreikönigstreffen erhöhen wollen. Tritt er gleichwohl nicht zurück und finden sich keine Königsmörder, schleppt ihn die Partei mit in die Landtagswahlen. Sollte die FDP in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz untergehen, wird sich Westerwelle auf keinen Fall halten können. Dann geht es um Brüderle oder Lindner.

Schafft es Westerwelle wider Erwarten bis zum Bundesparteitag im Mai, wartet „Mister X“ auf ihn. Schon vor Wochen hat sich im kleinen Kreise ein Mitglied des Bundesvorstands bereit erklärt, gegen Westerwelle um den Bundesvorsitz zu kandidieren, wenn es sonst niemand tun sollte. Der Name soll bis zu diesem Zeitpunkt geheim bleiben.

Ziel der Aktion ist, der Partei mit einer Kampfkandidatur zu zeigen, dass es durchaus Alternativen zu Westerwelle gibt, man müsse sich nur trauen. Mister X, der zu Westerwelles Alterskohorte gehört, würde für sich mit dem Anspruch werben, im Gegensatz zum Vorsitzenden für ein breiteres FDP-Programm und einen ganzheitlichen Liberalismus zu kämpfen. Den Kreis, der ihn unterstützt, stört es schon lange, dass die Partei in den vergangenen Jahren auf eine Person und deren Lieblingsthema, die Steuer-senkung, reduziert wurde.

Auf eine weit radikalere Kritik trifft Westerwelle im Internet. Auf seiner persönlichen Facebook-Seite sah sich der User „Guido Westerwelle“ genötigt, auf die „Regeln des Anstands und der Höflichkeit“ hinzuweisen. Die Tonlage der Beiträge sei in den letzten Tagen „zunehmend rauer und bisweilen respektlos“ geworden. Das Strafgesetzbuch finde „für beiliegende und verleumderische Aussagen auch im Internet Anwendung“.

MATTHIAS BARTSCH,  
ANDREA BRANDT, MARKUS FELDENKIRCHEN,  
SIMONE KAISER, DIRK KURBUWEIT,  
RALF NEUKIRCH, JÖRN PETRING,  
MAXIMILIAN POPP, MERLIND THEILE



Innenpolitiker de Maizière: „Al-Qaida versucht uns zu treiben“

**SPIEGEL:** Herr Minister, bedeutet der Selbstmordanschlag in Stockholm, dass die von Ihnen befürchtete Terrorwelle nun in Europa angekommen ist?

**De Maizière:** Nein. Das hat mit den Warnungen vor Anschlägen, die uns seit Monaten erreichen, wenig zu tun. Wahr ist leider, dass große öffentliche Diskussionen immer auch zu Nachahmern führen, die nicht eng in weltweite konspirative Netzwerke eingebunden sind. So könnte es hier gewesen sein.

**SPIEGEL:** Die laute öffentliche Diskussion und der spürbare Erregungspegel waren also ein Fehler?

**De Maizière:** Keineswegs, aber diese möglichen negativen Folgen sind der Grund, warum ich mir die Frage, ob und wann ich öffentlich warnen soll, fast ein Jahr lang genau überlegt habe. Der Terrorismus ist auch eine Form von Psychologie. Im Nachhinein wissen wir zum Beispiel, dass die Drohung vor der Bundestagswahl 2009 nur psychologisch gemeint war. Auch dass und wie sich al-Qaida vor sechs Wochen zu den Paketbomben auf der ara-

bischen Halbinsel bekannt hat, diente vor allem der psychologischen Wirkung: Seht her, mit ein paar tausend Dollar können wir den internationalen Frachtverkehr angreifen. Diese psychologischen Versuche darf man nicht durch eine öffentliche Debatte unterstützen.

**SPIEGEL:** Aber genau das haben Sie doch getan, als Sie im November vor die Kameras getreten sind und vor einem Anschlag gewarnt haben.

**De Maizière:** Da war die Einschätzung der Lage anders. Und außerdem: Wenn der Eindruck entsteht, es wäre gar nichts los, ist es auch falsch. Zwischen diesen Polen müssen sich die Äußerungen des verantwortlichen Ministers bewegen, ohne dass man letztlich genau weiß, was das eine oder andere hervorruft.

**SPIEGEL:** Warnen Sie lautstark, haben die Terroristen ihr Ziel erreicht, die Gesellschaft zu verunsichern. Warnen Sie nicht, fällt es den Terroristen leichter, ihre Pläne zu verwirklichen. Ist der deutsche Innenminister ein Getriebener von al-Qaida?

**De Maizière:** Nein. Natürlich versucht al-Qaida, uns zu treiben. Andererseits müssen wir reagieren, und dabei gibt es eine faszinierende Beobachtung. Nachdem ich die Warnung ausgesprochen hatte, hat sich laut Umfragen eine deutliche Zahl von Bürgern sicherer gefühlt als vorher. Ich erkläre mir das damit, dass man schlecht mit diffusen, abstrakten Gefahren umgehen kann, die nicht klar zu erkennen sind. Wenn es dagegen eine konkrete Gefahr gibt, wachsen den Menschen Flügel. Das ist ein schöner Sieg über die psychologische Kriegsführung der Terroristen.

setze. Ich will mich nicht dem Vorwurf aussetzen, die Situation für parteipolitische Vorhaben irgendwelcher Art zu instrumentalisieren. Im Übrigen sollte ein Innenminister nicht zu viele Dinge fordern, bei denen die Wahrscheinlichkeit gering ist, sie durchzusetzen.

**SPIEGEL:** Hegt der Bundesinnenminister den heimlichen Wunsch, gefährliche Islamisten einfach wegzusperren?

**De Maizière:** Nein, denn das würde auch nicht funktionieren, wie wir bei der Sicherungsverwahrung gerade gelernt haben. Wenn Sie nach einem heimlichen Wunsch fragen: Ich hielte eine Grundge-

ben haben, was der Hintergrund Ihrer Terrorwarnung gewesen ist. In anonymisierter, abstrakter Form ging es um einen Anrufer, der vor einem Anschlag gewarnt hat und dessen Anruf zur Absperrung des Reichstags geführt hat.

**De Maizière:** Da ärgert sich ein Innenminister schon. Mich hat auch geärgert, dass sich Landesinnenminister zur geplanten Reform der Sicherheitsbehörden mit einem Vokabular äußern, das der Sache nicht angemessen ist.

**SPIEGEL:** Sie meinen die umstrittene Fusion der Bundespolizei mit dem Bundeskriminalamt, Ihrer neuen Superpolizei.



**Streitthema Bundespolizei:** „Erst anschauen, dann losschimpfen“

**SPIEGEL:** Für den Innenminister bedeutet das: präzise informieren und warnen, wenn es etwas Konkretes gibt. Ansonsten: Klappe halten?

**De Maizière:** So kann man das deuten.

**SPIEGEL:** Der von Ihnen genannte Termin für einen Anschlag Ende November ist verstrichen. Wann und wie werden Sie Entwarnung geben?

**De Maizière:** Noch gibt es keinen Grund zur Entwarnung, und es wäre auch taktisch falsch, jetzt einen Zeitpunkt anzukündigen. Aber wenn ich das mitteilen kann, werde ich wieder an die Öffentlichkeit gehen. Die Menschen haben nach diesem Vorlauf ein Anrecht darauf, so etwas zu erfahren.

**SPIEGEL:** Bislang hat in einer solchen Krisensituation jeder Innenminister nach dem Umbau des Rechtsstaates gerufen. Otto Schily wollte die Vorbeugehaft für Gefährder. Wonach rufen Sie?

**De Maizière:** Wir ringen bekanntlich in der Koalition um die Vorratsdatenspeicherung und die Visa-Warndatei. Aber im Großen und Ganzen reichen unsere Ge-

setzänderung für richtig, um den Bundeswehreinsatz im Inneren zu ermöglichen. Aber die politischen Mehrheiten sind, wie sie sind, und deshalb beiße ich mir bei dieser Frage auf die Zunge und fordere das nicht. Dabei bleibt es. Vergessen Sie also Ihre Vorabmeldung.

**SPIEGEL:** Die „Zeit“ hat Ihnen vorgeworfen, Sie würden so reden, wie angeblich „Zeit“-Redakteure reden: abwägend, differenzierend, reflexiv. Ärgert Sie der Vorwurf?

**De Maizière:** Bei Leuten, die entscheiden, ohne abzuwägen, sind Sicherheitsinteressen nicht gut aufgehoben. Ansonsten spricht daraus ein gewisser intellektueller Hochmut der Journalisten.

**SPIEGEL:** Thomas de Maizière polternd, attackierend – geht das überhaupt?

**De Maizière:** Na klar.

**SPIEGEL:** Wann zum Beispiel?

**De Maizière:** Wenn ein wichtiges Presseorgan Informationen veröffentlicht, die gegebenenfalls Ermittlungen erschweren können.

**SPIEGEL:** Sie meinen den SPIEGEL-Artikel „Vorbild Mumbai“, in dem wir beschrie-

ben den Begriff Superpolizei finde ich gut. Aber wenn ein Land wie Bayern 33 000 Polizisten hat und im Bund eine Polizei mit 35 000 Vollzugsbeamten entsteht, weiß ich nicht, warum eines eine schlagkräftige Landespolizei sein soll und das andere eine Mammutbehörde.

**SPIEGEL:** Das Verfassungsgericht hat 1998 festgeschrieben, dass es keine bundesweite Polizei der Bundesregierung geben darf, weil Polizei laut Grundgesetz Ländersache ist.

**De Maizière:** Ich will doch gar keine neuen Befugnisse, sondern nur die Polizisten, die wir jetzt schon haben, mit ihren bestehenden Befugnissen anders organisieren. Das hätten sich meine Innenminister-Kollegen erst einmal anschauen sollen, ohne gleich loszuschimpfen. Unter Familienmitgliedern übt man öffentlich keine Kritik. Ich halte mich daran. Leider waren es gerade Unionsinnenminister, die sich besonders laut geäußert haben ...

**SPIEGEL:** ... der Bayer Joachim Hermann zum Beispiel und der Niedersachse Uwe

Schünemann. Ihre Unionskollegen erwarten, dass Sie mehr Kante zeigen.

**De Maizière:** Stärke zeigen ist etwas anderes als Kante zeigen. Ich stehe für einen starken Staat, der die Freiheit schützt. Dafür brauche ich keine Kante.

**SPIEGEL:** Im Bundeskriminalamt herrscht seit Bekanntwerden der Reformpläne eine Art Schockstarre. Warum haben Sie sich für Ihre Pläne den denkbar schlechtesten Zeitpunkt ausgesucht?

**De Maizière:** Die Terrorlage ist jetzt schwierig und wird es in einem Jahr auch sein. Ich erwarte, dass sich Polizisten professionell verhalten, wir wollen ja gerade das BKA stärken. Wenn Terrorismus und Kriminalität international wachsen, ist ein BKA mit mehr Kompetenzen im Bereich der Organisierten Kriminalität gerade jetzt eine richtige Antwort. Die Zusammenarbeit zwischen BKA und Bundespolizei ist verbesserungswürdig. Es gibt zu wenig gemeinsame Lagebilder, wenig gemeinsame Ermittlungen, zu wenig Informationen, die geteilt werden. Das geht so nicht. Wir werden unsere internationalen Ermittlungen mit der Reform deutlich ausbauen.

**SPIEGEL:** Sie sind also schon entschieden?

**De Maizière:** Nein. Ich rede jetzt mit den betroffenen Behörden sowie mit den Ländern und werde im Frühjahr zu einer Entscheidung kommen. Unmittelbar danach wird die Reform umgesetzt.

**SPIEGEL:** Ein großer Wurf wäre die Fusion von BKA und Bundespolizei mit dem Zollkriminalamt gewesen. Da fehlte Ihnen offenbar der Mut.

**De Maizière:** Ach, ich höre von den einen, die Reform sei zu groß, und von den anderen, sie sei zu klein.

**SPIEGEL:** In Wirklichkeit scheuen Sie den Konflikt mit Finanzminister Wolfgang Schäuble, der für den Zoll zuständig ist.

**De Maizière:** Das ist Quatsch. Gehen Sie mal davon aus, dass Wolfgang Schäuble und ich aufs engste zusammenarbeiten. Aber man kann sich seinen Rucksack auch so voller Steine füllen, dass man nicht mehr laufen kann. Dann ist er zwar toll gepackt, aber die Beweglichkeit ist dahin.

**SPIEGEL:** Wir würden mit Ihnen gern über WikiLeaks reden. Ist die Organisation eine Bedrohung der Demokratie oder eine Bereicherung?

**De Maizière:** Für Deutschland ist WikiLeaks lästig und ärgerlich, aber keine Bedrohung. International gesehen halte ich deren Treiben für total unverantwortlich. Man kann sich allerdings auch fragen, ob eine Regierung klug handelt, wenn sie den gesamten diplomatischen Verkehr über ein Netz organisiert, auf das 2,5 Millionen Menschen Zugriff haben. Ich bezweifle aber, dass es ein Menschenrecht



**Autobombenanschlag in Stockholm am 11. Dezember:** „Kein Grund zur Entwarnung“

auf totale Transparenz gibt. Regierungen müssen auch vertraulich miteinander reden können. Vertraulichkeit und Transparenz sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander.

**SPIEGEL:** WikiLeaks ist letztlich ein Teil des in demokratischen Gesellschaften bestehenden Prinzips der Checks and Balances. Wo besteht für Sie der Unterschied zu Medien wie dem SPIEGEL?

**De Maizière:** Medien fordern nicht den totalen Zugang, die totale Transparenz. Sie freuen sich natürlich, wenn Sie an geheime Dokumente kommen. Aber Journalisten würden nicht staatstheoretisch argumentieren, es dürfe überhaupt keine Regierungsgeheimnisse mehr geben. Das vertritt nicht einmal der SPIEGEL, aber WikiLeaks tut es, und das ist falsch. Ich finde schlimm, dass sich ausgerechnet diejenigen, die sich als Jünger der Schattenwelt aufführen, von anderen die totale Transparenz fordern.

**SPIEGEL:** Die Empörung hat doch viel mit Betroffenheit zu tun. Würde es sich um Enthüllungen aus Burma, Russland oder China handeln, würden die meisten Kritiker applaudieren.

**De Maizière:** Wenn wir hier schon von Checks and Balances sprechen, würde ich mir in der Tat wünschen, dass WikiLeaks weniger auf die transparenten und offenen westlichen Demokratien zielte, sondern auf Diktaturen und repressive Regime in der Welt. Dann gäbe es wenigstens einen echten Aufklärungsanspruch.

**SPIEGEL:** Das hat WikiLeaks getan, etwa in Kenia, Somalia, China oder Thailand.



**De Maizière (M.) beim SPIEGEL-Gespräch**  
„Unverantwortliches Treiben“

**De Maizière:** Nur zu, kann ich da nur sagen. Leider waren die letzten Veröffentlichungen anders. Ich bleibe dabei: Die Vertraulichkeit des Gesprächs ist Voraussetzung für erfolgreiches Regierungshandeln.

**SPIEGEL:** Dann müssen Sie sich als Erstes bei Hillary Clinton beschweren, die diese Vertraulichkeit bricht, indem sie amerikanische Diplomaten zur Spionage bei der Uno auffordert.

**De Maizière:** Ich habe das mit Erstaunen gelesen.

**SPIEGEL:** Gilt für WikiLeaks die Meinungsfreiheit?

**De Maizière:** Ja, aber nicht grenzenlos. Sie ist an die allgemeinen Gesetze gebunden, und es gibt auch für Presseorgane keine Freiheit ohne Verantwortung. Das klingt vielleicht wie ein naiver Appell, aber das Prinzip Verantwortung gilt für jedermann.

**SPIEGEL:** Ist es zulässig, dass Amazon, PayPal und andere WikiLeaks boykottieren?

**De Maizière:** Wenn das auf Druck der US-Regierung geschehen sein sollte, finde ich es nicht in Ordnung. Wenn Unternehmen das frei entscheiden, ist es einerseits Teil ihrer unternehmerischen Entscheidung, andererseits politisch problematisch. Ich bin ein großer Befürworter der sogenannten Netzneutralität. Das bedeutet, dass die Provider gezwungen sind, Inhalte ohne politische oder geschäftliche Selektion zu transportieren.

**SPIEGEL:** Dann müssten Sie sich jetzt mit WikiLeaks solidarisieren, weil genau diese Netzneutralität verletzt wird, wenn der französische Industrieminister dazu auffordert, keine WikiLeaks-Inhalte mehr zu verbreiten.

**De Maizière:** Solche Ausgrenzungen führen tatsächlich zu schwerwiegenden Fragen, die uns noch über Jahre beschäftigen werden. Und dann geht es irgendwann auch um die Meinungsfreiheit. Diese Debatte gehört zu den schwierigsten, die ich im Internet auf uns zukommen sehe.

**SPIEGEL:** Der Staat könnte die Netzneutralität gesetzlich regeln.

\* Mit den Redakteuren Holger Stark und Marcel Rosenbach in Berlin.

KLIMA

# An der Obergrenze

Nach dem Gipfel von Cancún verlangt Deutschland von den EU-Partnern, ihre CO<sub>2</sub>-Ziele drastisch zu erhöhen. Berlin will nicht länger Zugpferd sein.

Beim Finale des Uno-Klimagipfels von Cancún herrschte Partystimmung. Die Teilnehmer aus aller Welt klatschten im Rhythmus. Die Gastgeberin, Mexikos Außenministerin Patricia Espinosa, wurde als „Göttin“ verklärt. Man war erleichtert, dass es keinen zweiten Absturz wie beim Klimagipfel von Kopenhagen geben würde. Doch nun be-



Minister Röttgen in Cancún: „Entschlossen voranschreiten“

ginnt in der EU ein harter Verteilungskampf. Im Zentrum steht Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie verweigert sich einer Rolle, auf die sich die anderen 26 Länder bisher verlassen haben. Deutschland soll nicht länger das schwerbeladene Zugpferd beim Klimaschutz spielen.

Als einziges EU-Land hat Deutschland sich das Ziel gesetzt, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Die anderen EU-Staaten nahmen das dankbar auf, sie liegen mit ihren Zielen meist weit darunter. Das Gemeinschaftsziel der EU fällt mit 20 Prozent viel niedriger aus. Der deutsche Spitzenwert ist darin eingerechnet.

Der Klimagipfel von Cancún hat nun aber den Druck auf die EU erhöht, das Gemeinschaftsziel von minus 20 auf minus 30 Prozent anzuheben. Eine konkrete Zahl, wie stark die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 sinken sollen, gibt es im Cancún-Ab-

kommen nämlich nur für jene Staaten, die seit 1997 dem sogenannten Kyoto-Protokoll angehören: Man werde sich am Weltklimarat IPCC orientieren, der ein Minus von 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 gefordert hatte, gelobten diese Länder in Cancún, samt EU, Amerika und China, die den Kyoto-Pflichten nicht unterliegen, kamen dagegen mit vagen Zielen davon. Und die anderen Kyoto-Staaten, etwa Japan, Kanada, Australien und Russland, senden Signale, dass sie ihre CO<sub>2</sub>-Ziele nicht verschärfen wollen.

Der Ökonom Reimund Schwarze vom staatsfinanzierten Climate Service Center in Hamburg sieht schon rein rechnerisch die EU in der Pflicht: „Die 30 Prozent sind nach dem Cancún-Paket für die EU gesetzt, vielleicht muss es sogar deutlich mehr sein“, sagt er. Umweltorganisationen halten nach Cancún einen Alleingang der EU für den einzigen Weg, den globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß überhaupt zu mindern: Die Staats- und Regierungschefs sollten deshalb im Frühjahr das EU-Ziel deutlich verschärfen.

So sieht das grundsätzlich auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Man müsse nach Cancún „entschlossen voranschreiten“, sagt er und verweist auf Hunderttausende Arbeitsplätze, die durch einen Öko-Boom neu entstehen könnten. Doch würde die EU-weite Verschärfung nach dem alten Verteilungsschlüssel passieren, müsste auch Deutschland sein nationales Ziel anheben – auf 42 bis 50 Prozent.

Während Röttgen anfänglich dafür offen war, lehnt Kanzlerin Merkel dies knallhart ab. Zu stark ist der Druck aus der Wirtschaft.

Falls die EU ihr CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel erhöhe, dann müssten alle 27 Länder einen „fairen Beitrag“ erbringen, wird im Kanzleramt betont. „Mit dem nationalen Minderungsziel von 40 Prozent bis 2020 liegt Deutschland am oberen Rand“ der Zielgröße von Cancún, heißt es. In anderen EU-Ländern bestehe „erheblicher Nachholbedarf“.

Röttgen wechselt deshalb nun vom Zwist mit der Kanzlerin in die Offensive gegen andere EU-Länder: Er klingt jetzt fast so wie Merkel während der Euro-Krise und verlangt, „dass die übrigen europäischen Länder einen Beitrag leisten, der dem deutschen Beitrag entspricht“. Dass die anderen EU-Länder sich sogar auf das deutsche Reduktionsziel von 40 Prozent zubewegen sollen, verspricht erheblichen Streit. Im Zweifelsfall wird eine Verschärfung daran scheitern.

CHRISTIAN SCHWÄGERL, GERALD TRAUFFETTER

**De Maizièrè:** Das ist schwierig. Das Internet ist eine moderne Infrastruktur, an der die Zukunft des Staates, der Freiheit und der Wirtschaft hängt. Bei anderen Infrastrukturen wie bei Strom und Wasser hat der Staat eine Gewährleistungsfunktion. Aber was heißt das, wenn der Staat das auch beim Internet hat? Denn jeder Schutz bedeutet auch einen Eingriff. Meine Sorge ist aber eher, dass wir den Staat bald kritisieren, weil er seiner Schutzfunktion gegenüber dem Bürger im Internet nicht gerecht werden kann – und nicht etwa, weil er zu viel oder zu stark eingreift. Aus meiner Sicht muss der Staat eine Verantwortung für die Integrität der internationalen Kommunikation übernehmen.

**SPIEGEL:** Und wie? Bislang gibt es in Bonn das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das BSI.

**De Maizièrè:** Wenn wir das Internet als kritische Infrastruktur betrachten, müssen wir uns ganz anders aufstellen. Dann müssen Störungen vermieden oder zumindest möglichst schnell wieder abgestellt werden. Für die Verbraucher ist es dabei egal, ob eine technische Störung, eine Sabotage durch Hacker oder ein militärischer Angriff dahintersteckt.

**SPIEGEL:** Planen Sie eine Art Cyberwache?

**De Maizièrè:** Wir brauchen dringend ein Nationales Cyber-Abwehrzentrum, das die Sicherheit und die Integrität des Internets beobachtet und versucht sicherzustellen – unter Federführung des Bundesinnenministeriums. Das BSI wird darin eine wichtige Rolle spielen, aber wir müssen beispielsweise auch die großen privaten Internetprovider beteiligen, die diese Infrastruktur ja in großem Umfang betreiben.

**SPIEGEL:** Hinter vielen Angriffen, mit Spionage-Software etwa, verbergen sich oft feinkundig staatliche Interessen.

**De Maizièrè:** Das stimmt, eine Reihe von Angriffen kommt von anderen Staaten. An der Art des Angriffs ist das aber nicht zu erkennen. Ein militärisches Flugzeug hat eine Kennung, es gilt das Kriegsvölkerrecht, das ist alles geregelt. Hier verbirgt sich der eigentliche Angreifer im Dunkeln. Deshalb ist das geplante Abwehrzentrum so wichtig. Wir werden uns in der Bundesregierung darüber jetzt eng abstimmen, unter anderem mit dem Verteidigungsministerium.

**SPIEGEL:** Jetzt kommen Sie doch noch mit Ihrem Traum von neuen Betätigungsfeldern für die Bundeswehr, diesmal im Internet.

**De Maizièrè:** Nein. Beim Erkennen, Abwehren, Unschädlichmachen von Bedrohungen von außen sehe ich keine verfassungsrechtlichen Probleme. Aber dass wir hier insgesamt an nationalstaatliche, technische und rechtliche Grenzen stoßen, auch von Innen- und Verteidigungspolitik, ist wahr.

**SPIEGEL:** Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.